

Für Thüringen

Wahlzeitung der Partei DIE LINKE zur Landtagswahl in Thüringen 2014

DIE LINKE.



Spring ins Geröll – oder meide es!

»Ein Turbokapitalismus ist im Grundgesetz nicht festgelegt.«
Porträt über Bodo Ramelow, zwischen Gewerkschafter und Parteimitglied, von Hans-Dieter Schütt. **Seite 3**



Nachhaltiges Wirtschaften für Natur und Mensch

Die Energiewende unter einer Regierungsbeteiligung der LINKEN fordert einen sozial-ökologischen Umbau in Stadt und Land. **Seite 4**

NSU: V-Leute sind Teil des Problems

Die zunehmende Gefahr durch Neonazis lässt sich nicht durch V-Leute des Verfassungsschutzes eindämmen, sondern braucht Aufklärung und Sensibilisierung. **Seite 5**

Sozial und zukunftsfähig

Ohne Zweifel, die Mehrheit der Thüringerinnen und Thüringer ist mit der gegenwärtigen Lage und ihrer individuellen Situation zufrieden. Ausschlaggebend für diese Einschätzung ist die wirtschaftliche Situation des Landes. Und in der Tat, die Arbeitslosigkeit in Thüringen ist geringer als noch Ende der 1990er Jahre und das Durchschnittseinkommen ist seitdem auch gestiegen. Für diese Entwicklung trägt zwar keine Landesregierung die Verantwortung, aber jede zieht dies gerne als Beleg für ihre gute Arbeit heran. Schaut man aber in die Bereiche, für die die Landesregierung tatsächlich verantwortlich ist, ist das Bild ein anderes. Thüringen zeichnet sich aus durch die niedrigsten Arbeitslöhne bei den längsten Arbeitszeiten aller Bundesländer, ein Fünftel weniger Gehalt für Frauen gegenüber Männern, kein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor für Langzeitarbeitslose, kein zukunftsfähiger Umbau der Landes- und Kommunalverwaltung. Stattdessen herrschen konzeptionsloser Stellenabbau, Angst vor Volksbegehren und Volksentscheiden und schließlich unterfinanzierte Kommunen. Diese können soziale Einrichtungen nur noch schwer oder gar nicht mehr erhalten. Dazu kommt eine Landesregierung, deren Mitglieder lieber mehr Bezüge und Erstat-

tungen bekommen wollen, als ihnen rechtlich zusteht, sodass sich die Staatsanwaltschaft schon mit dem einen oder anderen Minister oder Staatssekretär beschäftigen musste. Schnell wird deutlich, warum mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Thüringen findet, dass es nicht gerecht zugeht im Land und die Herstellung sozialer Gerechtigkeit vordringlichste Aufgabe der Politik ist. Um diese Aufgabe endlich anzugehen und dieses Land zukunftsfähig für alle Menschen zu gestalten, braucht Thüringen, brauchen wir einen politischen Wechsel, der nur durch einen Regierungswechsel möglich wird. DIE LINKE und ihr Spitzenkandidat Bodo Ramelow sind bereit, Verantwortung für soziale Gerechtigkeit, bessere und für alle zugängliche Bildung, für eine vielschichtige und weltoffene Kultur, für mehr Demokratie durch Mitbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe zu übernehmen. Es gibt einiges zu erwarten, aber nichts zu befürchten. Weder drohen Enteignungen noch neue Staatsschulden. Aber erwarten Sie eine bessere, weil transparentere und mitbestimmungsfreundlichere Politik! Erwarten Sie eine Wirtschaftspolitik, die an die Unternehmen denkt, aber Beschäftigte und Umwelt nicht vergisst. Erwarten Sie eine Politik, die Sicherheit anders versteht als Vorratsda-

tenspeicherung, sondern als Sicherung von Lebensqualität und Lebensperspektiven. Die soziale Sicherheit ebenso mitdenkt wie eine gut ausgebildete und bürgerrechtsfreundliche Polizei. Eine solche Politik schützt die Persönlichkeitsrechte und bietet keinen Platz für Nazis und für rassistische Einstellungen. DIE LINKE und Bodo Ramelow stehen für ein solidarisches Thüringen, das allen Menschen

gleichwertige Lebensbedingungen ermöglicht, ganz gleich ob in der Stadt oder auf dem Land, ob Mann oder Frau, unabhängig von sozialer Stellung, erreichtem Bildungsabschluss oder Herkunft. Wir versprechen Ihnen nicht alles, aber wir sagen zu, dass wir Verantwortung übernehmen wollen und uns einsetzen werden für Sie und ein soziales Thüringen. Wann, wenn nicht jetzt.

Aller guten Dinge ...

Das dritte Mal eines Jahres werden Sie jetzt um Ihre Stimme gebeten. Erst die Bundestagswahl, dann die Kommunal- und Europawahlen und nun steht am 14. September die Landtagswahl an. Falls Sie bei den letzten Malen schon DIE LINKE gewählt haben, dann möchte ich mich herzlich bedanken und wärmstens empfehlen, das wieder zu tun. Wenn Sie aber DIE LINKE noch nicht gewählt haben, dann möchte ich Sie einladen: Probieren Sie's einfach mal! Schauen Sie sich auf den folgenden Seiten an, was wir zu bieten haben, und dann entscheiden Sie. Das dritte Mal trete ich in diesem Jahr an, um Minister-

präsident des Freistaats Thüringen zu werden. Beim ersten Mal, 2004, haben wir gedacht, wir probieren das einfach mal – ein bisschen frech. Im zweiten Anlauf vor fünf Jahren wurde das Ganze schon sehr viel ernster. Die Mehrheit war da, aber die Zeit war noch nicht reif. Jetzt hat sich das geändert, die stärkste Partei in einer Koalition wird den Ministerpräsidenten stellen. Thüringen sozial regieren – ich bin bereit.

Ihr Bodo Ramelow



Bildungspolitik: Scheindebatten beenden

DIE LINKE fordert eine Bildungspolitik, die jedes Kind unterstützt, LehrerInnen entlastet und Ausbildung fördert. **Seite 6**

Gleichstellung gehört nicht in die Mottenkiste

»Pflegearbeiten sind nicht weniger wert als technische Tätigkeiten, frühkindliche Bildung in Kitas nicht weniger als die Reparatur von Autos.« **Seite 7**

PREISRÄTSEL

Zu gewinnen sind: signierte Bücher von Hans-Dieter Schütt, Landolf Scherzer und Daniela Dahn und ein Zeitungsabonnement der UNZ. **Seite 8**



Liebe Thüringerinnen und Thüringer,

am 14. September sind Landtagswahlen in Ihrem Bundesland. Meine erste Bitte: Gehen Sie wählen. Meine zweite Bitte: Geben Sie Ihre Erst- und Zweitstimme der LINKEN und ihrem Spitzenkandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten, Bodo Ramelow.

Denn nur mit der LINKEN wird es einen dringend erforderlichen Politikwechsel für mehr soziale Gerechtigkeit, für gleiche Bildungschancen für alle Kinder, unabhängig vom Einkommen der Eltern, von der Krippe bis zur Hochschule und für finanzstarke Kommunen in Thüringen geben.

DIE LINKE will Kostenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule erreichen, den kulturellen Reichtum des Landes bewahren und fördern und die Mittel für den kommunalen Finanzausgleich erhöhen, damit endlich wieder eine funktionsfähige kommunale Selbstverwaltung hergestellt wird. Mit der LINKEN wird der Wirtschaftsstandort Thüringen gestärkt, der sozial-ökologische Umbau forciert und eine für alle bezahlbare Energiewende eingeleitet. Dafür steht DIE LINKE. Und dafür steht Bodo Ramelow.

Die Stimme Thüringens wird im Bundesrat dringend benötigt für Frieden, soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit in sozialer Verantwortung, Steuererechtigkeit, Gleichstellung von Frauen und Männern und von Ost und West.

Sie können ein Stück Geschichte schreiben, wenn Sie mit Ihrer Wahl am 14. September dazu beitragen, dass Ihr Land den ersten Ministerpräsidenten der LINKEN stellt.

Ihr

» Es geht um eine andere politische Kultur«

Im Interview: Susanne Hennig-Wellsow, Landesvorsitzende DIE LINKE. Thüringen

DIE LINKE tritt zur Landtagswahl mit dem Anspruch »Thüringen sozial regieren« an. Warum braucht Thüringen jetzt eine neue (von der LINKEN bzw. Bodo Ramelow geführte) Regierung?

Thüringens Regierende haben sich nach Gutsherrenart selbst bedient – das konnten alle sehen. Die Schuldenpartei CDU hält den Landeshaushalt für die eigene Parteikasse und verteilt das Geld, wie es ihr gefällt. Ganz anders die Situation für die Menschen: Thüringen ist Niedriglohnland. Angestellte und ArbeiterInnen müssen hier bundesweit am längsten arbeiten. Frauen bekommen noch immer weniger Lohn als Männer. Und obwohl an den Schulen Unterricht ausfällt, werden die nötigen LehrerInnen nicht eingestellt – der Finanzminister spart an unseren Kindern. Kommunen müssen Schwimmbäder, Kulturzentren oder Jugendhäuser schließen – das ist keine Politik für die Menschen!

Was will DIE LINKE konkret anders machen?
Es geht um eine andere politische Kultur. Wir werden dem selbstherrlichen Treiben der CDU eine Ende machen. Wir wollen

gemeinsam mit den Menschen das Land regieren und mit ihnen über bessere Wege ins Gespräch kommen. Zu einer guten Wirtschaftspolitik gehören gute Arbeit und faire Löhne. Wir wollen Unternehmen nur mit öffentlichen Mitteln fördern, wenn sie Mindestlohn ohne Ausnahme zahlen, Ausbildungsplätze schaffen und Mitbestimmung garantieren. Und: Wir brauchen mehr Tarifbindung in der Wirtschaft! Bald werden in Thüringen bis zu 5 000 LehrerInnen fehlen. Schon jetzt ist der Unterrichtsausfall hoch, nicht überall kann jedes Fach unterrichtet werden. Deshalb wollen wir in den nächsten zehn Jahren 5 000 LehrerInnen einstellen. Mit einem kostenfreien Kita-Jahr wollen wir alle Kinder von Anfang an gut fördern. Nazis haben bisher zu wenig Gegenwind aus der Landesregierung bekommen. Wir unterstützen Initiativen, Bildungsarbeit und Widerstand gegen Rechts – zum Beispiel mit einem Landesprogramm gegen Rechts-extremismus. Wir wollen eine Energiewende, die für alle bezahlbar ist. Sie ist der Motor einer sozial-ökologischen Wirtschaftspolitik. Doch die Kosten dafür sollen nicht die



BürgerInnen zahlen, sondern die Konzerne. Langfristig muss die Energieversorgung durch Erzeugung vor Ort aus regenerativen Energieträgern gesichert werden. Das schafft auch Arbeitsplätze.

Wie soll gesellschaftliche Unterstützung für die dringenden Reformprojekte mobilisiert werden?
Wenn ich mit Nachbarn, Freunden oder mit Menschen auf der Straße spreche, wird klar, dass es überall knirscht. Ein

»Weiter-so« will keiner. Ein Kreuz für DIE LINKE bei der Landtagswahl ist ein erster Schritt, um eine Mehrheit im Parlament für eine soziale Politik zu schaffen. Eine Regierung, die eine soziale und demokratische Politik machen will, braucht Rückhalt. Wir brauchen auch nach dem 14. September weiterhin Unterstützung. Kritische Hinweise von BürgerInnen, Volksbegehren oder auch Proteste können eine Regierung auch stärken und eine gemeinsame Politik ermöglichen.



Thüringen – am Rand oder in der Mitte Europas?

Wer durch Thüringer Städte oder Dörfer läuft, hat oft den Eindruck, als lebten hier keine Menschen mit anderen kulturellen Wurzeln. Sicher: In Weimar und Erfurt sind zahlreiche ausländische Touristen anzutreffen, und auch in Oberhof nehmen Nicht-Deutsche an Wintersportwettkämpfen teil. Aber in den Kitas gibt es fast keine Kinder mit dunkler Haut, und Erwachsene mit afrikanischem oder in-

dischem Wortschatz sind ebenfalls äußerst selten anzutreffen. Das wäre vielleicht kein Wunder, wenn Thüringen auf einer einsamen Insel am Nordpolarkreis liegen und für migrierende und flüchtende Menschen unerreichbar wäre. So aber, mitten in Europa, ist es eher beschämend, dass der Anteil der in Thüringen lebenden Ausländerinnen und Ausländer weniger als zwei Prozent beträgt.

DIE LINKE möchte Thüringen etwas weiter in das belebte Zentrum Europas rücken. Anstatt nordpolarer Kälte gegenüber Frauen, Männern und Kindern aus anderen Ländern wollen wir eine Kultur der offenen Städte und Gemeinden entwickeln, eine Kultur, die Ungewohntes als Bereicherung ansieht und humanitäre Hilfe als existentiellen Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft. DIE LINKE

steht ebenso dafür ein, gemeinsam mit den EinwohnerInnen der Gemeinden die Aufnahme von Flüchtlingen zu organisieren, wie dafür, ausländische Studierende einzuladen und im Ausland erworbene Berufsqualifikationen anzuerkennen. Nur wenn die Aufnahme von MigrantInnen und Flüchtlingen zum gelebten Alltag wird, rückt Thüringen wirklich in die Mitte Europas.



Spring ins Geröll – oder meide es!

Bodo Ramelow zwischen Sahara und Thüringer Wald

Einzelhandelskaufmann. Erotisierend klingt das nicht. Hört sich grau an wie Gewerkschafter. Bodo Ramelow war beides. Ein Hauch von Sachbearbeitung hängt ja im Ruf der Gewerkschaften. Den Kundengebungen gehen Anmeldungen voraus, Busse müssen gut beschriftet sein, Trillerpfeifen für den Protest werden für Rabatt im Großhandel geholt. So viel Ordentlichkeit, die zu bestimmten Worten nicht zu passen scheint – zu Lohnkampf etwa. Ramelow, einst leidenschaftlicher Gewerkschafter in Mittelhessen und dann in Nord- und Ostthüringen, muss früh geahnt haben, dass hier seine große Chance liegt: gleichsam im Doppelleben. Also: Gewerkschafter zu sein – und darin doch auch ganz anders. Parteimitglied, aber doch niemals Par-

teisoldat. Christ und zugleich Genosse; das Christlich-Soziale gleichsam auf dem Weg nach – links. Ramelow, der Irritierende: Er trug den Kaufmannskittel – und den Glitzerstein im Ohr. Aufnahmeanträge für die Gewerkschaft reichte er herum – aber mit dickem Ring am Finger. Einer, der Menschen überzeugen kann: Als der junge Mann in die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen eintrat, brachte er gleich fünfzig weitere Aufnahmeanträge mit.

Kein zweiter Westdeutscher – sieht man von Oskar Lafontaine ab – ist in der SED-Nachfolgeorganisation PDS derart erfolgreich aufgestiegen. Mit dem Willen, mehr und anders zu sein als nur irgendwelche Nachfolge. Kein Zweiter strahlt in der Linkspartei einen so souveränen Rationalismus aus, der überhaupt keinen Gegensatz bildet zu offensichtlicher Genussfreude an Leib und Leben. Und zu einer Direktheit, die möglichst kein Blatt vor den Mund nimmt. Sagen, was ist. Noch lauter sagen, was zu tun ist. Ramelow weiß, was er will; aber was er will, das weiß er in hohem Maße von sich selber – er ist kein Parteisoldat unter höherem Befehl. Der Unterhaltungswert eines Gregor Gysi fehlt ihm, ist ihm möglicherweise sogar fremd, so aber scheint er geschützt zu sein vor Abnutzung. Sein politisches Feld fand er stets im ausdauernd gewieften Verhandeln, im kraftvollen Abarbeiten; seine Koketterie besteht in bewusster Herabstufung seiner selbst vom Politiker zum Praktiker.

Geboren wird Bodo Ramelow 1956 im niedersächsischen Osterholz-Scharmbeck, nahe am Teufelsmoor. Nach dem frühen Tod des Vaters zieht die Familie nach Rheinhessen, in die Heimat der Mutter, später dann in die Gegend an der Lahn zwischen Marburg und Gießen. Er wird Gewerkschaftsfunktionär, Ausbilder, Betriebsrat, ist Fraktionsvorsitzender der PDS in Thüringen, ist Wahlkampfleiter, schließlich Organisator des Fusionsprozesses von Linkspartei, PDS und WASG. Was manche an ihm als Härte bezeichnen, kommt aus seinen frühen Impfun- gen, ganz anders mit dem Leben zurecht kommen zu müssen als etwa Menschen in der früheren DDR. So ganz anders zurecht kommen zu müssen, hieß auch: ganz anders zurecht kommen zu dürfen. Ramelow liefert auf geradezu kecke, heitere Weise das Bild eines freien Menschen, und diese Freiheit wuchs in der Nähe von Nöten. Finanziellen Nöten und der Not einer Lese-Rechtschreibschwäche, aus der heraus er ein glänzender, zupackender Redner wurde.

Er weiß aus Erfahrung: Man wird, wenn man ganz bei sich selber ist, sehr schnell dafür gemäßigert – denn warum ist man nicht wie alle?! Ramelows Charakter-Kapital ist der frohgemute, streitlustige, aufmunternde Aufenthalt in diesem Widerspruch zwischen Eigensinn und Gemeinsinn. Er ist gern ledern und zäh, das aber mit noch immer jungenhaftem Charme. Er arbeitete gewerkschaftlich

oft als Schlichter – und blieb darin ein Kämpfer; Tarifpoker sind Schulen fürs Leben. Bis vors Bundesverfassungsgericht stritt er für sein Bürgerrecht, das ihn vor den Überwachungen durch Geheimdienste schützt. Trotz und Tragödie der Kali-Kumpel von Bischofferode – Ramelow kämpfte an deren Seite, wortwörtlich bis zum Umfallen. Und immer wieder diese Unerbittlichkeit bei ungewöhnlichen, aufrüttelnden Ideen: Nach dem verheerend tödlichen Amoklauf am Gutenberg-Gymnasium Erfurt packte Ramelow auf einer kurz danach stattfindenden Pressekonferenz scharfe Munition auf den Tisch. Als Beweis, wie leicht man an solches Teufelszeug herankommt.

Er ist handfest – in dem, was er im Kopf hat. Er ist unbequem – für das, was Geborgenheit bringen soll. Er ist leidenschaftlich – für größtmögliche Vernunft in den gesellschaftlichen Verhältnissen. Er teilt sein Leben wohl gern in überschaubare Wegstrecken ein. Was hinterm jeweiligen Heute liegt, steht in den Sternen. Er greift nicht danach – er hat Sinn für erreichbare Entfernungen; Leben ist ein Abenteuer Schritt für Schritt. Wo die Wege schwerer werden, gilt ihm die alte Regel der Bergwanderer: Spring ins Geröll – oder meide es! Vor allem aber hat ihn ein Satz von Friedrich Nietzsche geprägt: »Wehe dem, der Wüsten in sich trägt!« Motto eines linken Politikers, der die Sahara liebt, aber nicht gern etwas in den Sand

setzt. Der den Menschen nicht für ein Sandkorn hält, das man im Wechselwind der politischen Gegebenheiten mal hier-, mal dorthin treiben darf.

Die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* bezeichnete ihn vor Jahren als »harten Knochen, scharfen Hund, gewieften Taktiker«. Harte Knochen zumindest sind ein nützlicher Ausgleich zur prinzipiellen Ausstattung des Menschen: Der hat nämlich weit mehr Weichteile, als er sich mitunter eingestehen will und darf – und was ist linke Politik eigentlich anderes als der Schutz dessen, was in dieser Welt ungehemmt weich sein möchte? Güte ist weich, Freundlichkeit ist weich, Toleranz ist weich – dies zu kräftigen, bedarf es auch, ja: starker Knochen. Es braucht Durchsetzungsvermögen. In einer Gesellschaft, die den Hartgesottenen eher zugetan ist als den Weichgesottenen. Vielleicht kann man als Grund-Satz von Ramelows politischer Polemik ansehen, was er 2006 in einem Interview sagte: »Ein Turbo-Kapitalismus ist im Grundgesetz nicht festgelegt.« Ein einfacher, ein klarer, ein verständlicher, ein wahrer Satz. Eine Regierungserklärung gleichsam. Es wäre eine gute Regierung, deren Arbeit sich mit so einem Satz erklären ließe.

Hans-Dieter Schütt

Schütt ist Autor des Buches »Gläubig und Genosse. Gespräche mit Bodo Ramelow«, erschienen im Dietz Verlag Berlin.

Jetzt für iOS und Android:

Die nd-App



www.neues-deutschland.de/app

Erhältlich im App Store

JETZT MIT Google play

neues deutschland
DRUCK VON LINKS

Direktkandidatinnen und -kandidaten

Petra Oberreich

Wahlkreis 1: Eichsfeld I

Marit Wagler

Wahlkreis 2: Eichsfeld II

Angela Hummitzsch

Wahlkreis 3: Nordhausen I

Katja Mitteldorf

Wahlkreis 4: Nordhausen II

Anja Müller

Wahlkreis 5: Wartburgkreis I

Christiane Leischner

Wahlkreis 6: Wartburgkreis II-Eisenach

Hans-Jörg Lessig

Wahlkreis 7: Wartburgkreis III

Jörg Kubitzki

Wahlkreis 8: Unstrut-Hainich-Kreis I

Cordula Eger

Wahlkreis 9: Unstrut-Hainich-Kreis II

Beatrice Ritzke

Wahlkreis 10: Kyffhäuserkreis I

Dietmar Strickrodt

Wahlkreis 11: Kyffhäuserkreis II

Maik Nothnagel

Wahlkreis 12: Schmalkalden-Meiningen I

Ronald Hande

Wahlkreis 13: Schmalkalden-Meiningen II

Monika Döllstedt

Wahlkreis 14: Gotha I

Bernd Fundheller

Wahlkreis 15: Gotha II

Dr. Johanna Scheringer-Wright

Wahlkreis 16: Sömmerda I-Gotha III

Tobias Steinkopf

Wahlkreis 17: Sömmerda II

Tilo Kummer

Wahlkreis 18: Hildburghausen I

Knut Korschewsky

Wahlkreis 19: Sonneberg I

Steffen Harzer

Wahlkreis 20: Hildburghausen II-Sonneberg II

Ina Leukefeld

Wahlkreis 21: Suhl-Schmalkalden-Meiningen III

Eckhard Bauerschmidt

Wahlkreis 22: Ilm-Kreis I

Jens Petermann

Wahlkreis 23: Ilm-Kreis II

Karola Stange

Wahlkreis 24: Erfurt I

Susanne Hennig-Wellsov

Wahlkreis 25: Erfurt II

Bodo Ramelow

Wahlkreis 26: Erfurt III



André Blechschmidt
Wahlkreis 27: Erfurt IV

Nachhaltiges Wirtschaften für Natur und Mensch

Die Folgen des Klimawandels sowie die unmittelbaren Folgen der ausnahmslosen Unterstützung der Großkonzerne und Banken durch die regierenden Parteien machen deutlich: Ein drastisches Umdenken muss her. Von enormer Bedeutung sind unter anderem:



Frauen kümmern sich um Nachhaltigkeit – das bezeugen unzählige Beispiele. Wenn Böden versiegelt sind, Erdöl verbraucht und Altersarmut Alltag ist, brauchen wir erneuerbare Energien, eine umweltverträgliche Landwirtschaft und eine gerechtere Wirtschaftsordnung, um Menschen eine sichere Zukunft zu geben. Dr. Johanna Scheringer-Wright

1. Daseinsvorsorge: In den vergangenen 15 Jahren wurden zunehmend staatliche Aufgaben privatisiert. Dazu gehören Krankenhäuser ebenso wie Bahnstrecken und Müllentsorgung. Dabei erwies sich meistens, dass mit der Privatisierung weder »günstigere Kosten«, »effizientere Dienstleistungen« noch »mehr Arbeitsplätze« verbunden waren. Dürfen also die Belange der Daseinsvorsorge überhaupt der Verwertungslogik des Kapitals unterworfen werden? Eine Zukunftsgesellschaft, die DIE LINKE anstrebt, muss diese Frage mit einem unbedingten Nein beantworten.

2. Nachhaltiges Wirtschaften ist die größte Herausforderung neben sozialer Gerechtigkeit und Sicherung der Daseinsvorsorge. Wir wollen Rahmenbedingungen herstellen, um vorhandene Arbeitsplätze zu erhalten und neue, existenzsichernde und zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen. Jede Arbeit in Thüringen muss so entlohnt werden, dass die Menschen davon selbstbestimmt leben können. Umfassende Mitbestimmung

und Wirtschaftsdemokratie, eine gezielte Förderung von Genossenschaften, kleiner und mittlerer Unternehmen sowie regionaler Wirtschaftskreisläufe sehen wir als vorrangig für einen sozial-ökologischen Umbau in Stadt und Land und damit für den Erhalt und Ausbau des Wirtschafts- und Lebensortes Thüringen an.

3. Energie: Obwohl Strom an der Leipziger Strombörse so günstig ist wie noch nie, haben VerbraucherInnen und Kommunen nichts davon. Die Preise klettern ebenso weiter wie die Profite der Stromkonzerne. Neue Stromtrassen werden quer durchs Land gezogen, auch hier sollen VerbraucherInnen die Kosten tragen. Das liegt nicht an den erneuerbaren Energien, sondern an den vier Energiekonzernen, die in Deutschland den Markt diktieren, eine Abkehr von der herkömmlichen Energieerzeugung boykottieren und von den Regierenden nicht behelligt werden. Dabei könnten die erneuerbaren Energiequellen – weil schier unerschöpflich – die Basis sein, auf der wirtschaftli-

che, soziale und demokratische Unterschiede aufgehoben werden können.

Thüringen und seine Kommunen bieten für diesen Ansatz beste Voraussetzungen! Hier wurde – auch besonders durch das Engagement der LINKEN – das komplette Energienetz vom EON-Konzern zurückgekauft. Jetzt muss die Energieerzeugung und -nutzung vor Ort systematisch ausgebaut werden. Diese Möglichkeiten der Wertschöpfung gehört in öffentliche Hand und muss in Zukunft stärker gefördert werden. Geradezu beispielhaft gehen dabei neue Energiegenossenschaften – wie die Energie-Solar-Genossenschaft der Gemeinde Viernau – voran. Die Landesregierung hat diese Thematik erst behindert, nun duldet man sie argwöhnisch. DIE LINKE steht dafür, alle Möglichkeiten zur Betätigung von Kommunen auf diesem Feld auszuschöpfen. Eine Regierung mit Beteiligung der LINKEN wird als ein wesentliches Kernprojekt die Realisierung einer wirklichen Energiewende in Thüringen in Angriff nehmen.

K+S-Vertrag stinkt zum Himmel!



Vor 21 Jahren – am 13. Mai 1993 – wurde auf Betreiben der Treuhand ein Vertrag mit dem Konzern Kali & Salz unterzeichnet. Mit ihm wurden eine eigentlich marktfähige Kalibergbaugrube im Eichsfeld geschlossen und mehrere hundert Bergleute – trotz intensiven Protests bis hin zum Hungerstreik – zu Arbeitslosen gemacht. Es ist schon erstaunlich, dass noch immer zahlreiche Fragen über diesen anonym in die Öffentlichkeit gelangten Vertrag gestellt werden müssen.

An Fakten ist lediglich klar, dass dieses Dokument eine Lizenz zum Gelddrucken für den Düngemittelkonzern ist, bezahlt durch die Bürgerinnen und Bürger des Freistaates. Fakt ist auch, dass die Firma nur durch

die dramatischen Vorgänge im Bischofferode zum Weltmarktführer in ihrem Segment aufsteigen konnte. Trauriger Fakt ist auch, dass eine ganze Region bis heute dauerhaft von der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes abgehängt wurde. Aber was war die Gegenleistung des Konzerns an die damals Regierenden wie Bundeskanzler Helmut Kohl und Ministerpräsident Bernhard Vogel für diese Bevorteilung? Beide gehören der CDU an, stammen aus Rheinland-Pfalz, dem Hauptsitz des damaligen Mutterkonzerns von Kali & Salz BASF. Dieses »Geschmäcker« und auch das weitere (Nicht?-)Agieren der Landesregierung gehört aufgeklärt. Denn mit den Folgen hat das Land bis heute zu tun.

Warum wurde für den Kalibergbau nicht ein zusätzlicher Vertrag zur Altlastenfrage analog dem Vorgehen im Uran- oder Braunkohlebergbau ins Auge gefasst? Ein Anhang zum Generalvertrag, in welchem die Gleichbehandlung des Freistaates mit den anderen ostdeutschen Ländern garantiert wird, hätte einen Ansatzpunkt für Nachverhandlungen geboten. Unklar ist auch, warum sich das Land überhaupt vom Bund mit hat ins Boot ziehen lassen, schließlich gehörten die Kalibergwerke nach der Wende der bundeseigenen Treuhand. Und da der Chemiekonzern BASF und dessen Tochterunternehmen Kali und Salz GmbH seinerzeit über beste Kontakte ins Kanzleramt verfügten, müssen die oben genannten Fragen – wem hat es genützt – nochmals betont werden.

Bei einer großen Anhörung des Umweltausschusses zum Kalifusionsvertrag und zu den Kosten der Altlastensanierung im Kalibergbau wurden aber auch Chancen aufgezeigt, Forderungen an Thüringen bezüglich der Altlastenfinanzierung abzuwehren. Die Freistellung der K+S Kali GmbH von Kosten der Altlastensanierung im Grubenfeld Merkers/Springen ist im Ergebnis dieser Anhörung mehr denn je zu hinterfragen. Der Kalikonzerne übernahm diese Gruben 1993 mit dem Ziel der wirt-

schäftlichen Nutzung! Eigentlich gehen dann damit verbundene Kosten zu seinen Lasten. Nach Öffentlichwerden der Dokumente will die Landesregierung nun 15 Jahre nach Unterzeichnung des Generalvertrages auch »schon« die Rechtmäßigkeit der Freistellung von K+S prüfen. Aufgabe für DIE LINKE ist neben der Lösung dieses Puzzles, auch endlich die Entwicklung in Bischofferode und Umgebung voranzubringen und so das CDU-Versprechen an die Menschen von 1993 einzulösen.



Kali-Kumpel, die arbeitslos werden, und Schlecker-KäuferInnen ohne Zukunft sollen der Vergangenheit angehören. Mindestlohn, öffentliche Beschäftigung und gleicher Lohn für gleiche Arbeit kommen besonders Frauen zugute. Wir brauchen ChefInnen ebenso wie gut bezahlte Friseurinnen und Erzieherinnen.
Ina Leukefeld

NSU: V-Leute sind Teil des Problems

Zehn Menschen fielen dem »Nationalsozialistischen Untergrund« zum Opfer. Hinzu kommen mehr als 20 Verletzte der Sprengstoffanschläge in der Kölner Probsteigasse sowie der Keupstraße. Das Jenaer Neonazi-Trio Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe entstammte dem »Thüringer Heimatschutz«, einer auch mit Geld des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz aufgebauten Neonazi-Organisation, deren Führungskraft Tino Brandt in den Jahren 1994 bis 2001 als V-Mann tätig war. Die im Thüringer Untersuchungsausschuss »Rechtsterrorismus und Behördenhandeln«

gewonnenen Erkenntnisse zu Fehlverhalten, Verwicklungen und Skandalen der Sicherheitsbehörden sind enorm. Es ist belegbar, dass diese zum Erstarken der Neonazi-Szene beigetragen haben.

Mehr als 20 V-Leute im Umfeld des »NSU« sind bisher bekannt. Den Verfassungsschutzämtern lagen unterschiedlichste Informationen zu Unterstützern, dem Aufenthaltsort des untergetauchten Trios und deren Vorhaben vor. Trotzdem wurden sie in 13 Jahren nicht aufgespürt und die Morde bis 2011 nicht aufgeklärt. Stattdessen wurden die Angehörigen der Opfer durch die anhaltende Diffamierung und Kriminalisierung nachhaltig beschädigt. Geschuldet ist dies den einseitigen Ermittlungen und dem Rassismus, der in den beteiligten Institutionen breit verankert ist.

Wir wussten, dass antifaschistisch Engagierte der 90er und folgenden Jahre Recht hatten, wenn sie auf zunehmende Gefährdung durch Neonazis hinwiesen. Nun ist es bestätigt. Sicherheitsbehörden hätten zu denselben Erkenntnissen kommen können. Stattdessen wurde seitens des Verfassungsschutzes eine Bedrohung der Gesellschaft vor allem durch die »linke Szene« gesehen.

Neonazi-V-Leute des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz kassierten Hunderttausende an Honoraren, erhielten Schutz vor Strafverfolgung bis hin zur Übernahme von Anwaltskosten und konnten so ihre gewaltbeinhaltende Ideologie mit Wissen des Verfassungsschutzes fortführen.

Die Verantwortungslosigkeit der Verantwortungsträger bei der Entwicklung der Neonazi-Szene macht bis heute sprachlos. Eine

mangelnde Fehlerkultur ist weiterhin feststellbar: Nur wenige Zeugen reflektierten ihre eigene Verantwortung im Ausschuss kritisch.

Die notwendigen Konsequenzen sind offensichtlich: Abschaffung des V-Leute-Systems und Auflösung des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz. Stattdessen sind eine finanzielle Aufstockung und die erhöhte Unterstützung der Mobilen Beratungsstellen gegen rechts sowie der Opferberatung dringend geboten. Wichtig sind ebenfalls die Anerkennung und Stärkung antifaschistischer und zivilgesellschaftlicher Bündnisse gegen rechts sowie die Fort- und Weiterbildung beispielsweise für SchülerInnen, Eltern, Lehrkräfte, aber auch der Polizei, um für das Themenfeld zu sensibilisieren.

Wir können Konsequenzen ziehen: wann, wenn nicht jetzt?

Rainer Kräuter

Wahlkreis 28:
Saalfeld-Rudolstadt I

Katharina König

Wahlkreis 29:
Saalfeld-Rudolstadt II

Steffen Dittes

Wahlkreis 30:
Weimarer Land I-
Saalfeld-Rudolstadt III

Ercan Ayboga

Wahlkreis 31: Weimarer Land II



Dirk Möller

Wahlkreis 32: Weimar

Ralf Kalich

Wahlkreis 33:
Saale-Orla-Kreis I

Philipp Giesing

Wahlkreis 34:
Saale-Orla-Kreis II

Mike Huster

Wahlkreis 35:
Saale-Holzland-Kreis I

Markus Gleichmann

Wahlkreis 36:
Saale-Holzland-Kreis II



Torsten Wolf

Wahlkreis 37: Jena I

Dr. Gudrun Lukin

Wahlkreis 38: Jena II

Diana Skibbe

Wahlkreis 39: Greiz I

Holger Steiniger

Wahlkreis 40: Greiz II

Margit Jung

Wahlkreis 41: Gera I



Dieter Hausold

Wahlkreis 42: Gera II

Ute Lukasch

Wahlkreis 43:
Altenburger Land I

Dr. Birgit Klaubert

Wahlkreis 44:
Altenburger Land II



Frauen in der Nazi-Szene werden immer noch unterschätzt. Beate Zschäpe ist nicht die einzige, die aktiver Teil einer Neonazi-Gruppe war und ihr den Anschein einer bürgerlichen Existenz gegeben hat. Es ist notwendig, die Rolle der Frauen in der Nazi-Szene endlich entsprechend zu beachten und unser Engagement gegen Neonazismus, Rassismus und Antisemitismus auch darauf auszurichten.

Katharina König



Enver Simşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Halil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halil Yozgat, Michèle Kiesewetter

Ländlicher Raum muss lebendig bleiben



Wer gerne auf dem Land lebt, seine Familie und Freunde vor Ort hat, tief verwurzelt ist, vielleicht sogar ein Haus besitzt und seit langem einen Garten pflegt und dort bleiben möchte, muss viele Alltagsprobleme mit Nachbarschaftshilfe oder langen Autofahrten in umliegende Orte lösen. Aber auch das hat seine Grenzen bei akuter Krankheit oder hohem Alter. DIE LINKE weiß um die Probleme vor Ort,

weiß, dass viele ältere Ärztinnen und Ärzte keine Nachfolger finden und betrachtet stillgelegte Bahnstrecken nicht als den letzten Schritt moderner Verkehrsentwicklung. Wir wollen eine landesweite Mobilitätsgarantie: Jede Gemeinde muss an den öffentlichen Nahverkehr angeschlossen sein. Dazu sind regelmäßig verkehrende Züge und Busse ebenso notwendig wie die Kombination mit Ruf-Bus,

Anrufsammeltaxi, Fahrrad oder Auto. Wir wollen mit einem thüringenweiten Verkehrsverbund sicherstellen, dass Angebote und Fahrpläne aufeinander abgestimmt werden, überall die gleichen Tarife gelten und Fahrscheine zu erhalten sind. Dabei müssen die Angebote preiswert, sicher und zuverlässig sein.

Mindestens genauso wichtig ist im Krankheitsfall, eine Ärztin, einen Arzt in der Nähe zu haben. Wer sich ein Bein gebrochen hat oder mit 85 Jahren keine langen Strecken mehr zurücklegen kann, braucht eine wohnortnahe medizinische Versorgung. Wir brauchen kreative Lösungen wie zum Beispiel Landambulatorien, in denen Praxisräume zur Verfügung gestellt und Ärztinnen und Ärzte angestellt werden können. Die Beförderung könnte von einem Patientenshuttle übernommen werden, der sicherstellt, dass auch Menschen aus den kleinsten Orten medizinisch versorgt werden. DIE LINKE setzt sich dafür ein, die existentiell wichtigen Versorgungsstrukturen auch für die

ländlichen Räume zu sichern, Kitas und Schulen zu erhalten und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Lösungen zu erarbeiten, die für ihre jeweilige Situation vor Ort passen.



Mehr Frauen fahren mit Bussen und Bahnen, organisieren ihren Alltag ohne Auto. Umso wichtiger ist, dass der öffentliche Nah- und Fernverkehr gut organisiert und bezahlbar ist. Kreative Lösungen für unterschiedliche Regionen sind gefragt, um Alltags- und Berufsleben autofrei realisieren zu können.

Dr. Gudrun Lukin

Briefwahl

Einfach. Schnell. Erledigt!
Machen Sie Ihr Kreuz bequem von Zuhause aus. Jede Stimme für DIE LINKE zählt.



Thüringen familienfreundlich gestalten

Ein sozial regiertes Thüringen bedeutet für DIE LINKE, optimale Voraussetzungen für ein kinder- und familienfreundliches Land zu schaffen.

Für ein Land, in dem jedes Kind als Gewinn für die Familie und die Gesellschaft betrachtet wird. Für ein Land, in dem Mütter und Väter guter Arbeit nachgehen können – in der Gewissheit, in der Kitalandschaft

vielfältige Unterstützungsangebote für die kindliche Entwicklung vorzufinden.

DIE LINKE strebt an, dass Kindertagesstätten verstärkt als Eltern-Kind-Zentren entwickelt werden, um dem Kind optimale Entwicklungschancen zu gewährleisten. Hier können Kurse angeboten, Beratungen durchgeführt und Eltern über Unterstützungsmöglichkeiten informiert

werden, da sie hier besonders gut erreichbar sind. Außerdem wollen wir die Qualität des Kita- und Schullebens durch regionale Versorgung verbessern sowie Küchen in den Einrichtungen sowie Schulgärten fördern.

Es sind Angebote, die motivierter, gut ausgebildeter und gut bezahlter ErzieherInnen bedürfen. Die Betreuungsschlüssel für die Kinder müssen ebenso verbessert werden wie die Berechnung der Leitungsstunden. Wir lehnen das Landeserziehungsgeld als überholt, veraltet und nicht zielführend ebenso ab wie das Betreuungsgeld des Bundes.

DIE LINKE betrachtet Kitas als Bildungseinrichtungen und will deshalb mittelfristig die Elterngebühren abschaffen. In einem ersten Schritt soll ein Kita-Jahr gebührenfrei zugänglich gemacht werden.

Gute Kitas brauchen eine verlässliche finanzielle Basis. Die Landesmittel für Fachpersonalkosten müssen direkt an die Kommunen ausgezahlt werden, zweckgebunden für Kindertagesstätten. Die Mittelausreichung über den kommunalen Finanzausgleich gewährleistet gerade dies nicht.

Die finanzielle Basis der Kinderbetreuung sollte durch die Mitfinanzierung des Bundes an den Kita-Kosten ausgeweitet werden. Dies wird DIE LINKE in Regierungsverantwortung mit einer Bunderatsinitiative auf den Weg bringen.



Kinderbetreuung und Pflege kranker Eltern belasten Frauen immer noch mehr. Wir wollen diese Lasten verringern, Kinderbetreuung verbessern, Pflegeangebote vernetzen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nach vorne bringen. Jede Frau hat es verdient, gemäß ihren Vorstellungen leben und gemäß ihren beruflichen Fähigkeiten arbeiten zu können. Margit Jung

Vereine unterstützen – Sport-, Spiel- und Bewegungsräume fördern

Der organisierte Sport ist der größte Träger ehrenamtlichen Engagements in Thüringen. 60 000 ThüringerInnen engagieren sich in Sportvereinen und erbringen vielfältige Leistungen für die Allgemeinheit. Täglich werden Werte wie Fairness, Toleranz und Gemeinsinn gelebt und vermittelt. Dafür benötigen die Vereine entsprechende Rahmenbedingungen und Unterstützung von Politik und Verwaltung.

Das marode Stadion »Am Walperloh« in Schmalkalden steht seit Monaten nicht mehr für den Schulsport zur Verfügung und bedarf einer Generalsanierung. Die Stadt Gera mit ihren knapp 100 000 EinwohnerInnen wartet schon seit Jahren auf den Spatenstich für das fehlende Freibad. Zwei Beispiele, die für den Investitionsstau für Sportstätten in Thüringen stehen. Dabei sind Sport-, Spiel- und Bewegungsräume sowie Sportstätten für den Schul-, Breiten- und Leistungssport Grundvoraussetzungen für diese Angebote und eine positive Sportentwicklung in Thüringen.



Bildungspolitik: Scheindebatten beenden

Die Thüringer Bildungspolitik war in den letzten Jahren vom Streit zwischen CDU und SPD, vom Stillstand und von verpassten Chancen geprägt. Zuletzt führten sie eine skurrile Diskussion um die Beibehaltung der Schreibschrift. Natürlich sollen die Kinder Schreibschrift lernen, niemand hat das infrage gestellt. Angesichts der notwendigen Qualitätssicherung in den Kitas, massiven Unterrichtsausfalls in den Schulen, Mittel- und Stellenstreichungen an den Hochschulen und der zum Teil unsicheren Situation in der jugendkulturel-

len Bildung wirken derlei Debatten als Ablenkungsmanöver von den wirklichen Herausforderungen. Bildungspolitik muss in Thüringen endlich aus einem Guss gestaltet werden – in ständigem Dialog und der Rückkopplung mit den Beteiligten.

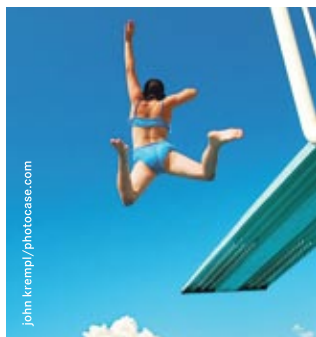
Die Gespräche mit den Eltern und Pädagoginnen und Pädagogen zeigt uns für den Schulbereich, dass die fehlenden Neuanstellungen zu hoher Arbeitsbelastung der Lehrerinnen und Lehrer und massivem Unterrichtsausfall führen und es einen großen Sanierungstau bei den Schulgebäuden gibt. Diese Aufgaben müssen dringend gelöst werden.

Immer noch bestimmt die soziale Herkunft über Bildungsweg und Bildungserfolg des einzelnen Kindes. Diesem Problem kann mit einem gegliederten Schulsystem nicht begegnet werden. Im Gegenteil: Die frühe Schulterscheidung für die Kinder nach Klasse 4 verstärkt die Abhängigkeit von sozialer Herkunft und Bildungserfolg. Deshalb wollen wir alle Kinder länger gemeinsam miteinander lernen lassen. Die zögerlich begonnene Einführung der Gemeinschaftsschule wollen wir konsequent und flächendeckend weiterführen. Dazu brauchen wir aber mehr Lehrerinnen und Lehrer. Allein im Schuljahr 2012/13 hätten schon etwa 520 Neueinstellungen vorgenommen werden müssen – nur etwa die Hälfte

wurde von der amtierenden Koalition realisiert. Dies ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir wollen diese Entwicklung endlich korrigieren: Eine konsequente Schwerpunktsetzung bei der Bildungsfinanzierung im Landeshaushalt ist notwendig. Wir müssen Bedingungen schaffen, damit junge Lehrerinnen und Lehrer sich hier wohlfühlen und sie gern an den Schulen im Freistaat arbeiten. Dazu gehören Möglichkeiten, bei denen Lehrerinnen und Lehrer mit besonderen Aufgaben Abminderungsstunden geltend machen können. Besonders für ältere Lehrerinnen und Lehrer muss es eine Entlastung hinsichtlich ihres Arbeitsaufwandes geben,

zum Beispiel durch Klassenleiterstunden.

Wir wollen, dass Kinder in Thüringen nicht mehr nach der vierten Klasse getrennt werden und dass Kinder mit Behinderung und ohne Behinderung zusammen im Unterricht die Stärken des jeweils anderen kennenlernen und so selbst davon profitieren. Und schon diese beiden großen Ziele – das längere gemeinsame Lernen und die gleichberechtigte Teilhabe aller – sind beste Beispiele dafür, wie Bildungspolitik in die Praxis umgesetzt werden muss: Gemeinsam mit den Lehrerinnen und Lehrern, mit den Erzieherinnen und Erziehern, den Eltern und den wichtigsten Beteiligten: den Lernenden.



Gut ausgebildete Frauen sollten ihre Chancen in allen Bereichen nutzen können. Wer eine vielfältige Unternehmenskultur anstrebt, muss den Weg auf den Cheffinnen-Sessel ermöglichen. Frauen können sowohl ein Orchester dirigieren als auch ein Theater leiten und noch sehr viel mehr. Das ist doch wohl keine Frage. Dr. Birgit Klaubert



Spenden

Wenn Sie die Partei DIE LINKE in Thüringen auch finanziell unterstützen möchten, überweisen Sie bitte Ihre Spende an:

IBAN: DE10 8205 1000 0130 0294 24
BIC: HELADEF1WEM
Sparkasse Mittelthüringen
Kennwort: Politikwechsel
Vielen Dank!

Gute Arbeit: Frauen profitieren besonders

Thüringen bleibt trotz positiver Entwicklung der Beschäftigung ein gespaltenes Land: Gemessen an der Arbeitszeit erhalten ArbeitnehmerInnen noch immer die niedrigsten Löhne, ein Drittel der Beschäftigten ist in unsicheren Arbeitsverhältnissen. Über 40.000 Menschen stocken in Thüringen mit Hartz IV auf oder haben zwei Jobs, um irgendwie über die Runden zu kommen. Zehntausende bleiben noch immer von Arbeit ausgeschlossen. In all diesen Bereichen sind Frauen besonders benachteiligt. Alleinerziehende – meistens Frauen – sind besonders von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen. Niedrigverdienende sind

ebenfalls mehrheitlich weiblich. DIE LINKE will deshalb eine aktive Arbeitspolitik, die sich an den Bedürfnissen von ArbeitnehmerInnen und erwerbslosen Menschen orientiert und gute Arbeit für Thüringen schafft. Ein wichtiger Schritt ist ein Mindestlohn- und Vergabegesetz, mit dem sichergestellt wird, dass öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen gehen, die Standards guter Arbeit im Betrieb verwirklichen und einen existenzsichernden Mindestlohn nicht unter 10 Euro zahlen. Das muss auch für Fördergelder des Landes gelten. Um insbesondere älteren Langzeitarbeitslosen Teilhabe zu ermöglichen, wollen

wir einen öffentlichen Beschäftigungssektor mit mindestens 2.500 Stellen schaffen, in dem gemeinnützige Arbeit zu fairen Bedingungen in sozialversicherungspflichtigen Jobs angeboten werden, die Menschen freiwillig annehmen können. Besonders wird DIE LINKE auf die Anerkennung der Leistungen von Frauen achten. Frauen müssen für gleiche und gleichwertige Arbeit den gleichen Lohn erhalten wie Männer. Noch immer verdienen Frauen im Job durchschnittlich 21 Prozent weniger als Männer. Der höhere Anteil von Frauenarbeit in den Familien bei Pflege und Erziehung ist dabei noch nicht einmal be-

rücksichtigt. Deshalb bleibt Frauenförderung für uns ein Thema. Gegen männliche Karrierenetzwerke setzen wir auf Quoten, um bei gleicher Qualifikation Frauen den Aufstieg zu ermöglichen. Zudem muss es für Frauen nach der Babypause ein gesetzliches Recht auf Vollzeit-Wiedereinstieg in ihren Beruf geben. Gute Arbeit heißt für DIE LINKE existenzsichernde Beschäftigung stärken und menschenwürdige Arbeit durchsetzen. Nur so werden wir die gesellschaftliche Teilhabe aller sichern und dem drohenden Fachkräftemangel begegnen. Wann, wenn nicht jetzt.



Frauen wollen alles: gute Jobs, Karrieremöglichkeiten, eine anständige Bezahlung, Kinder und Zeit für ihre Liebsten und sich selbst. Wenn dieser Anspruch alle erreicht, werden wir gemeinsam Wege finden, ihn umzusetzen und nicht länger zwischen Wunsch und Wirklichkeit zerrieben zu werden. Karola Stange

Gleichstellung gehört nicht in die Mottenkiste

Während in der BRD noch jede Frau mit Misstrauen beäugt wurde, die vor der Einschulung ihrer

zwei bis drei Kinder zurück in ihren Beruf wollte, gab es in der DDR längst Krippen und Kitas für alle Kinder, Studiengänge, die auf Kindererziehung Rücksicht nahmen und Frauen, die als Traktorist, Ingenieur oder Melker arbeiteten. Männliche Berufsbezeichnungen wurden aber ebenso wenig hinterfragt, wie tatsächliche Gleichstellung erkämpft. Auch diese hatte ihre Grenzen bei hohen Funktionen in Gesellschaft und Politik oder bei der Aufteilung der Hausarbeit. Aber niemand kam auf die Idee, Frauen aus dem Bereich von Technik und Mathematik zu verbannen. Geholfen hat hier sicher, dass die ökonomische Notwendigkeit und der Fachkräftemangel alte Vorurteile dahinschmelzen ließen wie Schnee im April. Diese Selbstverständlichkeit hatte jedoch auch ihren Preis: Kaum fiel

die Mauer, drängten die westdeutschen Macht- und Verteilungsstrukturen auf den Ostmarkt, war von der »ungesunden Erwerbsneigung der Frauen« die Rede. Nicht gewohnt, sich die Gleichstellung erkämpfen und deswegen auch verteidigen zu müssen, verhielt es sich in vielen Bereichen mit ihr wie mit dem schon erwähnten April-Schnee. Längst ist klar, dass die formale Gleichstellung zwar in Grundgesetz und Thüringer Verfassung verankert ist, aber die Lohnunterschiede, der mehrheitlich weibliche Niedriglohnsektor und die mehrheitlich männlichen Machtstrukturen ein ganz anderes Bild der Realität widerspiegeln. Für DIE LINKE gehören Verfassungsrechte aber nicht in die Mottenkiste, sondern müssen mit Leben gefüllt und, wo nötig, auch gegen widerspenstige Machtbastionen durchge-

setzt werden. Deswegen wollen wir Programme für mehr Frauen in Führungspositionen in Wirtschaft, Kultur, Medien und öffentlichem Dienst, aber auch eine Diskussion mit Gewerkschaften und Arbeitgebern über ein gerechteres Bewertungssystem bei den Lohnstarifen. Pflegearbeiten sind nicht weniger wert als technische Tätigkeiten, frühkindliche Bildung in Kitas nicht weniger als die Reparatur von Autos. Gleichzeitig wollen wir eine aktive Vereinbarkeitspolitik, die Frauen und Männern ermöglicht, ihre Familienaufgaben mit Arbeitsanforderungen unter einen Hut zu bringen. Darüber hinaus brauchen wir dringend einen besser entlohnten Arbeitsmarkt. Frauen gehören nicht in schlecht bezahlte Minijobs oder Niedriglohnbereiche, sollen nicht Teilzeit arbeiten müssen oder als Alleiner-

ziehende gar keinen Job finden, weil sie keinen angemessenen Betreuungsplatz für ihre Kinder finden. Hier wird DIE LINKE das tun, was Politik beeinflussen kann: Öffentliche Aufträge und Fördergelder werden nur noch an Unternehmen vergeben, die mindestens zehn Euro die Stunde bezahlen, Krippen und Kitas werden bedarfsgerecht ausgebaut und zu Eltern-Kind-Zentren weiterentwickelt und ein neu zu organisierendes System ergänzender Tagesbetreuung soll Übergangs- und Randstundenbetreuung sicherstellen. Mit dem klaren Willen, Diskriminierungen abzubauen und Gleichstellung tatsächlich zu verwirklichen, sowie durch eine Vielzahl an Einzelmaßnahmen wird DIE LINKE sich dafür einsetzen, Frauen zu ihren verfassungsmäßig garantierten Rechten kommen zu lassen. Wann, wenn nicht jetzt.



Ohne Frauen ist kein Staat zu machen – auch keine Regierung. Dafür stehe ich persönlich ein. Gleichstellung muss vom Verfassungsrecht endlich zur Alltagsrealität werden. Dafür setze ich mich, setzt sich DIE LINKE mit und für Frauen ein. Bodo Ramelow



Unsere Kandidatinnen und Kandidaten der Landesliste

Auf der Vertreterinnen- und Vertreterversammlung am 29. und 30. März 2014 im Erfurter Kaisersaal wurde folgende Liste für die Landtagswahl 2014 gewählt:

- 1 Bodo Ramelow, Erfurt
- 2 Susanne Hennig-Wellsow, Erfurt
- 3 Margit Jung, Gera
- 4 Christian Schaft, Wartburgkreis
- 5 Katharina König, Saalfeld-Rudolstadt
- 6 Tilo Kummer, Hildburghausen

- 7 Ina Leukefeld, Suhl
- 8 Frank Kuschel, Ilmkreis
- 9 Ute Lukasch, Altenburger Land
- 10 Dieter Hausold, Gera
- 11 Karola Stange, Erfurt
- 12 André Blechschmidt, Erfurt
- 13 Diana Skibbe, Greiz
- 14 Steffen Dittes, Weimarer Land
- 15 Dr. Birgit Klauert, Altenburger Land
- 16 Mike Huster, Saale-Holzland-Kreis
- 17 Dr. Gudrun Lukin, Jena
- 18 Knut Korschewsky, Sonneberg

- 19 Sabine Berninger, Ilmkreis
- 20 Steffen Harzer, Hildburghausen
- 21 Dr. Johanna Scheringer-Wright, Gotha
- 22 Ralf Kalich, Saale-Orla-Kreis
- 23 Kati Grund, Erfurt
- 24 Rainer Kräuter, Saalfeld-Rudolstadt
- 25 Anja Müller, Wartburgkreis
- 26 Jörg Kubitzki, Unstrut-Hainich-Kreis
- 27 Dr. Iris Martin-Gehl, Weimar
- 28 Ronald Hande, Schmalkalden-Meiningen
- 29 Marit Wagler, Eichsfeld

- 30 Maik Nothnagel, Schmalkalden-Meiningen
- 31 Carolin Weingart, Jena
- 32 Markus Gleichmann, Saale-Holzland-Kreis
- 33 Cordula Eger, Unstrut-Hainich-Kreis
- 34 Ercan Ayboga, Weimarer Land
- 35 Christiane Leischner, Eisenach
- 36 Philipp Glesing, Saale-Orla-Kreis
- 37 Angela Hummitzsch, Nordhausen
- 38 Dirk Möller, Weimar
- 39 Katja Mitteldorf, Nordhausen

- 40 Holger Auerswald, Suhl
- 41 Janette Ehrich, Sömmerda
- 42 Tobias Steinkopf, Sömmerda
- 43 Cornelia Wanderer, Ilmkreis
- 44 Holger Steiniger, Greiz
- 45 Jenny Renner, Erfurt
- 46 Norbert Schneider, Saalfeld-Rudolstadt
- 47 Monika Döllstedt, Gotha
- 48 Johannes Häfke, Suhl
- 49 Beatrice Ritzke, Kyffhäuserkreis
- 50 Dietmar Strickrodt, Kyffhäuserkreis
- 51 Ines Zipfel, Greiz
- 52 Sven Weber, Greiz
- 53 Petra Oberreich, Eichsfeld

Kultur ist keine elitäre Veranstaltung



geweile, der Trübsinn und die Hoffnungslosigkeit. Ohne Kultur ist unser Leben also viel ärmer. Finden Sie nicht auch?

... denn ohne sie würden wir nicht in einer Demokratie leben! Das glauben Sie nicht? Dann lassen Sie uns kurz über Kultur sprechen. Kultur ist mehr als Theater, Museen, Bibliotheken, Denkmäler, Festivals und die Freiwillige Feuerwehr. Haben Sie bei dieser Aufzählung gerade gestutzt, weil dort die Freiwillige Feuerwehr aufgetaucht ist? Nicht schlimm, so geht es vielen Menschen. Aber da sind wir schon beim Kern der Sache: Kultur ist Verbindung von und

mit Menschen, der Austausch, das Arbeiten an einer gemeinsamen Idee. Kultur ist, wie wir miteinander umgehen, was wir wertschätzen – selbst, wenn wir darin keine persönliche Erfüllung finden. Kultur ist der Grundstein für eine funktionierende Gesellschaft, für unsere Demokratie. Nicht jede und jeder von uns ist bei der Feuerwehr, aber wir alle sind doch froh, dass wir die Frauen und Männer haben, die uns zu Hilfe eilen, wenn wir sie

brauchen. Oder? So ähnlich ist es auch mit unseren Kultur- und Bildungseinrichtungen. Nicht jede oder jeder von uns geht vielleicht gern ins Theater oder ist Fan von moderner Kunst. Das ist auch okay, denn Kunst ist immer etwas sehr Subjektives. Und dennoch: »Wo Kultur wegbreicht, wird Platz frei für Gewalt«, sagte schon August Everding. Es lässt sich noch weiter herunterbrechen. In Städten und Dörfern, wo »nichts mehr los ist«, grassieren die Lan-



Kultur als Kitt unserer Gesellschaft wird oft von Frauen getragen. Im Alltag, in Vereinen, beim Dorffest und in Bildungseinrichtungen. Das geschieht oft selbstverständlich und unpräzise. Frauen wollen nicht immer in der ersten Reihe stehen, aber wenn sie es wollen, müssen sie in die erste Reihe aufrücken können. Katja Mitteldorf

Wie wird zur Landtagswahl gewählt?

Der Thüringer Landtag besteht aus mindestens 88 Abgeordneten. Von diesen werden 44 Abgeordnete von den Wählerinnen und Wählern in ihrem Wahlkreis direkt in den Landtag gewählt. Die Direktkandidatinnen und -kandidaten wählen Sie mit Ihrer Erststimme. In den Landtag zieht die Direktkandidatin oder der Kandidat ein, die oder der die meisten Erststimmen auf sich vereinigen kann. Diese Person kann Ihre Interessen im Wahlkreis im neuen Landtag persönlich vertreten. Für ihre oder seine Wahl reicht also die relative Mehrheit. Über die Größe der Fraktionen und damit über die Zusammensetzung des Landtages entscheiden Sie jedoch mit Ihrer Zweitstimme. Mit dieser wählen Sie die Partei. Alle Parteien, die mehr als fünf Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten, ziehen in den Thüringer Landtag ein. Gemäß ihrem Zweitstimmenanteil werden die Sitze im Landtag verteilt. Für den Ausgang der Landtagswahl und die Frage, wie sich die Regierung zusammensetzt, wer den Ministerpräsidenten stellt und wie die Ausrichtung der Politik in den nächsten fünf Jahren aussieht, ist also Ihre Zweitstimme ausschlaggebend. Wichtig sind aber beide Stimmen. Das heißt also: Beide Stimmen für DIE LINKE. Die Zweitstimme entscheidet darüber, ob es in Thüringen einen Politikwechsel geben und Bodo Ramelow der erste LINKE Ministerpräsident werden wird.

Titel norddt. Urlaubsorte	10	Stelz-vogel	2	kroat. Fußball-spieler	Einfall Neben-fluss des Rheins	Waldtier	Brillen-behältnis	Schön-geist	Sommer (frz.)		
gegensch. Riffe					3				pflanz. Klammerorgan		
Großvater (schweiz.)				Lebens-bund			Compu-terbe-nutzer		8		
Schutz-Garantie								europ. Träger- rakete			
			israel. Poli-tikerin	3				chin. Staats-volk	2		
Sache (lat.)		Stadt in Nebras-ka		6	1				7		
Holzblas-instrum.					8	7			2		
		4			3	4	9	5	1		
Freund (frz.)					7	8	1	6	5		
					2	5		8	9		
					7	9			3		
Monat im jüd. Kalender	Leim		altgr. Weih-opfer	Zwei-er-verbinding	Staat in West-afrika	Narkose-mittel (jamaik. Musikstil)	Gestalt a. Schneeflock-chen		9		
Dschungelbuch-schlange				USA-Tennis-spieler				Kohlen-wasser-stoffart	6		
Zeichen (griech.)		thüring. Affären-minister Katzenlaut					schott. Namens-teil		7		
				tschech. Jugend-buch-autor			Elch (engl.) ion. Mundart		5		
erworb. Wissen Mann-schaft	1						Herr-scher im alten Peru				
				norweg. Fluss			Cook-Insel				
Straße (span.)				Brenn-stoff			Mostrich				
Lösungswort	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11

Die Teilnahme ist für alle möglich, ausgenommen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstellen der LINKEN und deren Angehörige. Bei der Auslosung der Gewinnerinnen und Gewinner sind der Rechtsweg und die Barauszahlung ausgeschlossen. Die Gewinnerinnen und Gewinner werden direkt benachrichtigt. Adressdaten werden nicht gespeichert oder weiterverwendet.

Preisrätsel

Zu gewinnen:

Jeweils eine signierte Ausgabe der Bücher:

- Gläubig und Genosse. Gespräche mit Bodo Ramelow von Hans-Dieter Schütt
- Stürzt die Götter vom Olymp. Das andere Griechenland von Landolf Scherzer
- Wir sind der Staat! Warum Volk sein nicht genügt von Daniela Dahn
- Der Mann, der Tacheles redet. Wolfgang Nossen von Kerstin Möhring

Lösung bitte bis zum 19. September 2014 einsenden an: DIE LINKE. Thüringen Eugen-Richter-Straße 44 99085 Erfurt oder per E-Mail an: lgst@die-linke-thueringen.de

Impressum: Wahlzeitung zur Landtagswahl in Thüringen 2014, Auflage: 650 000
Redaktionsschluss: 1. 7. 2014
Herausgeberin: DIE LINKE. Thüringen
Telefon: 0361/60 111 30, www.die-linke-thueringen.de
V.i.S.d.P.: Steffen Dittes
Die Nutzungsrechte der nicht gekennzeichneten Bilder liegen bei der Partei DIE LINKE.
Layout und Satz: DiG / TRIALON
Druck: Berliner Zeitungsdruck